

Offener Brief an die Politiker*innen der demokratischen Parteien des Krefelder Stadtrates

Der terroristische Akt von Solingen als Alibi der migrationspolitischen Zeitenwende

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,

als gewähltes Mitglied und stellvertretender Vorsitzender des Integrationsausschusses und Mitglied der Seebrücke Krefeld möchte ich zunächst betonen, dass mein tiefes Mitgefühl den Angehörigen und Opfern der furchtbaren Messerattacke von Solingen gilt.

Dabei möchte ich betonen, dass gerade die hier lebenden Migrant*innen entsetzt waren über diese sinnlose Gewalt. Viele der hier lebenden Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind vor genau diesem oder ähnlichem Terror in ihren Heimatländern geflohen, hatten sich erhofft, in Deutschland in Sicherheit leben zu können. Durch terroristische Attentate sehen sie sich jedoch genau so in Gefahr wie die „hiesige Mehrheitsgesellschaft“.

Verschärfend kommt in dieser Situation jedoch noch hinzu, dass Menschen mit internationaler Familiengeschichte sich nun verstärkt einer rassistischen und menschenverachtenden Diffamierungskampagne ausgesetzt sehen und verallgemeinernd mit Terroristen in einem Atemzug genannt werden. Migration wird zur „Mutter aller Probleme“ erklärt, Migrant*innen würden in die Sozialsysteme einwandern, Migrant*innen werden für die Wohnungsnot und infrastrukturelle Probleme verantwortlich gemacht, so genannte „irreguläre“ Migration wird zum Hauptproblem in Deutschland erklärt. Hier bedienen sich demokratische Parteien eines Narrativs, das wir ansonsten nur von einer als gesichert rechtsextremistischen Partei ertragen mussten. Es entsteht der Eindruck, dass auf dem Rücken von Migrant*innen versucht wird, jener rechtsextremistischen Partei Wählerstimmen zu entreißen. Doch dieser Versuch wird scheitern, was wir im europäischen Ausland gut beobachten können.

Als Vertreter der Menschen mit internationaler Familiengeschichte in unserer Stadt bin ich entsetzt über die parteiübergreifende und sich immer weiter mit repressiven Forderungen überbietende Rhetorik der demokratischen Bundesparteien oder deren ohrenbetäubendes Schweigen.

Es droht derzeit eine Aushöhlung demokratischer Grundprinzipien und des Asylrechtes, dass ohnehin erst kürzlich im europäischen Zusammenhang im Zuge der GEAS-Reformen repressiv reformiert wurde. Dabei wird so manche populistische Forderung geäußert, die weder durchsetzbar erscheint, noch mit geltendem europäischem Recht oder der Genfer Flüchtlingskonvention vereinbar ist. Dabei gilt das Recht, in Deutschland und Europa Schutz vor Menschenrechtsverletzungen zu suchen als Lehre aus den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sind die Säulen unserer Gesellschaft.

Ich denke nicht, dass ich hier an dieser Stelle noch einmal die dringende Notwendigkeit von Migration aufgrund des demografischen Wandels hervorheben muss, auch die Verdienste der Arbeitsmigrant*innen vor 60 Jahren, die wesentlich zum wirtschaftlichen Aufstieg beigetragen haben, ist hinlänglich bekannt und wurde vor kurzem noch gebührend gefeiert.

In dieser Woche (22.09. -27.09.24) feiern wir die Interkulturelle Woche, nicht nur in Deutschland, sondern auch in unserem Krefeld. „ Neue Räume schaffen“, so das diesjährige Motto. Die Interkulturelle Woche, die eine Vielzahl an Veranstaltungen bietet, endet am 27. September, dem internationalen Tag des Flüchtlings. In dieser Woche haben wir die Möglichkeit, zu erkennen, dass wir keinen Notstand wegen des angeblich hohen Migrationsdrucks haben, denn die Zahlen sinken eindeutig. Ein Problem ergibt sich daraus, wie wir über Menschen denken und sprechen, denen keine andere Möglichkeit bleibt, als Heimat, Freunde und Familie zu verlassen und sich auf eine gefährliche Flucht begeben, die Tausende mit ihrem Leben bezahlen, um in Sicherheit leben zu können.

Ein Notstand besteht in den stetig sinkenden Ausgaben für Sprachkurse und integrationsfördernde Maßnahmen.

Ein Notstand besteht in der Entwicklung innovativer Ideen, Integration zu befördern, während sich die Politik sehr innovativ bei repressiven Maßnahmen zeigt. Eine repressive Migrationspolitik jedoch kostet die Gesellschaft Milliarden, die gut in integrationsfördernde Maßnahmen investiert wären.

Die derzeitige, negativ konnotierte Diskussion über Migration in Folge des fürchterlichen Attentates in Solingen führt zur Spaltung unserer Gesellschaft, was im Sinne rechter Parteien ist und keinesfalls zu einem veränderten Wählerverhalten führen wird.

Ich vermisse die Stimmen, die ein verändertes Narrativ in unsere Gesellschaft tragen, das Narrativ der unzähligen Erfolgsgeschichten von gelungener Integration! Die Interkulturelle Woche mit ihrem diesjährigen Motto kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Denn neue Räume sollten wir als Gesellschaft auch in unseren Köpfen schaffen, um innovative Ideen zu einer noch besseren und schneller gelingenden Integration zu schaffen.

Und das erwarte ich von der Politik als Bürger dieser Stadt, die sich als „Sicherer Hafen“ und Weltoffene Kommune versteht:

- Entschärfen Sie die polarisierende Diskussion über Migration!
- Entwickeln Sie innovative Ideen für eine schnellere und bessere Integration in Ausbildung, den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft!
- Verdeutlichen Sie Beispiele für gelungene Integration, betonen sie das Verbindende und nicht das Trennende!
- Laufen Sie keinen rechten Stimmen hinterher!

Somit möchte ich Sie eindringlich bitten, mit den Abgeordneten Ihrer Partei im Land- und Bundestag zu sprechen, und Ihren Einfluss für eine vielfältige und bunte Gesellschaft geltend zu machen. Denn Nie wieder ist Jetzt!

Norbert Athen

stellvertretender Vorsitzender des Integrationsausschusses

aktiv in der Seebrücke Krefeld